

<http://www.derwesten.de/staedte/dortmund/nord-west/Kampf-gegen-Nazis-in-Dortmund-Dorstfeld-macht-Schule-id4466404.html>

Dorstfeld

Kampf gegen Nazis in Dortmund-Dorstfeld macht Schule

Nord-West, 25.03.2011, Peter Ring



Die Martin-Luther-King-Gesamtschule.

Dorstfeld. OB Ullrich Sierau hatte es vor Monaten schon angekündigt: Im Kampf gegen Rechtsextremismus wolle und müsse sich die Stadt vor allem im Dortmunder Westen und der Hochburg der Neonazis in Dorstfeld engagieren. Und tatsächlich: Erste Erfolge zeichnen sich ab. Vor allem in der Schullandschaft. Das Respekt-Büro des Jugendamtes. Der DGB mit seinem Unterrichtsmodul „90 Minuten gegen Rechts“, die RAA, die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Aber auch der Jugendring, die Polizei und sogar der Verfassungsschutz - sie alle arbeiten stadtweit - und besonders im Westen Hand in Hand.

Cornelia Schneider, stellv. Leiterin der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) bringt das Engagement auf den Punkt: „Wir haben mächtig die Trommel gerührt“. Man habe den Kontakt zur Fine-Frau- und Funke-Grundschule aufgenommen. Und man habe dafür gesorgt, dass die Schulen den Schulterschluss suchen. Ein Beispiel: Die mittlerweile regelmäßigen Treffen der Wilhelm-Busch-Realschule und des Reinoldus-und-Schiller-Gymnasiums.

Seit Dezember trafen sich Schulleiter, Sozialpädagogen, RAA, Polizei und Verfassungsschutz schon dreimal, „um Aktionen zu planen, ein Zeichen gegen Rechts zu setzen und Schüler zu schützen“, sagt Stefan Mühlhofer von der Koordinierungsstelle. Gemeinsam bespreche man, mit welchen aktuellen Problemen (rechtsradikale Schüler, faschistische Werbung neben dem Schulhof) man es zu tun habe und wie man vorbeugend vorgehen könne.

Selbst aktiv werden

Doch die Aktionen sollen nicht von oben aufgedrückt werden – „die Schüler sollen selbst aktiv werden“, sagt Schneider. Deshalb wolle man jetzt, neben den Schulen, auch Jugendfreizeitstätten mit einbinden. Geplant ist ein Jugendforum. Aus den Ideen der Jugendlichen sollen finanziell unterstützte Aktionen werden. „Die Schüler leben mit und in der Situation“, dass sie es in der Nachbarschaft mit Neonazis zu tun haben. Die Schüler seien es, denen junge Faschisten CDs und Flyer neben der Schule in die Hand drücken, um sie zu rekrutieren. Rechtsextreme Aktionen kämen in Wellen. „Aber wir wollen nicht mehr nur darauf reagieren, wir wollen agieren.“

OB Ullrich Sierau hatte es vor Monaten schon angekündigt: Im Kampf gegen Rechtsextremismus wolle und müsse sich die Stadt vor allem im Dortmunder Westen und der Hochburg der Neonazis in Dorstfeld engagieren. Und tatsächlich: Erste Erfolge zeichnen sich ab. Vor allem in der Schullandschaft.

Das Respekt-Büro des Jugendamtes. Der DGB mit seinem Unterrichtsmodul „90 Minuten gegen Rechts“, die RAA, die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Aber auch der Jugendring, die Polizei und sogar der Verfassungsschutz - sie alle arbeiten stadtweit - und besonders im Dortmunder Westen Hand in Hand.

Cornelia Schneider, stellv. Leiterin der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“ (RAA) bringt das Engagement auf den Punkt: „Wir haben mächtig die Trommel gerührt“. Man habe den Kontakt zur Fine-Frau- und Funke-Grundschule aufgenommen. Und man habe dafür gesorgt, dass die Schulen den Schulterschluss suchen. Ein Beispiel: Die mittlerweile regelmäßigen Treffen der Wilhelm-Busch-Realschule und des Reinoldus- und -Schiller-Gymnasiums. Seit Dezember trafen sich Schulleiter, Sozialpädagogen, RAA, Polizei und Verfassungsschutz schon dreimal, „um Aktionen zu planen, einen Zeichen gegen Rechts zu setzen und Schüler zu schützen“, sagt Stefan Mühlhofer von der Koordinierungsstelle. Gemeinsam bespreche man, mit welchen aktuellen Problemen (rechtsradikale Schüler, faschistische Werbung neben dem Schulhof) man es zu tun habe und wie man vorbeugend vorgehen könne. Doch die Aktionen sollen nicht von oben aufgedrückt werden - „die Schüler sollen selbst aktiv werden“, sagt Schneider. Deshalb wolle man jetzt, neben den Schulen, auch die Sportvereine und Jugendfreizeitstätten mit einbinden. Geplant ist ein Jugendforum. Aus den Ideen der Jugendlichen sollen finanziell unterstützte Aktionen werden. „Die Schüler leben mit und in der Situation“, dass sie es in der Nachbarschaft mit Neonazis zu tun haben. Die Schüler seien es, denen junge Faschisten CDs und Flyer neben der Schule in die Hand drücken, um sie zu rekrutieren.